

Rudolf Steiner

## DIE DEUTSCHEN IN ÖSTERREICH UND IHRE NÄCHSTEN AUFGABEN

*Erstveröffentlichung: „Deutsche Wochenschrift 1888, VI. Jahrgang,  
Nr. 29 (GA 31, S. 139-145)*

Der tiefe Zwiespalt, der zwischen der äußern und inneren Politik unserer Monarchie besteht, tritt bei jeder Gelegenheit im politischen Leben hervor, und er ist für den, der zu beobachten versteht, oft aus scheinbar geringfügigen Vorkommnissen bemerkbar. Es heißt aber nach unserer Ansicht entschieden die Sache zu kleinlich anfassen, wenn man den Widerspruch bloß als den der slawenfreundlichen inneren und den der entschieden deutschfreundlichen äußeren Politik charakterisiert. Der Gegensatz ist eigentlich ein anderer, und er kommt am besten zum Ausdruck, wenn man den, nach unserer Ansicht, bedeutsamen Ausspruch Kalnokys mit den mehrfach ausgesprochenen Regierungsprinzipien, wie wir sie aus dem Munde des Sprechers unserer Regierung, des Herrn von Dunajewski, gehört haben, vergleicht. Der Leiter unserer auswärtigen Politik sagte: «Die Besorgnisse (für den Frieden) entspringen nicht allein aus den Zuständen auf der Balkan-Halbinsel, als vielmehr aus der allgemeinen europäischen Lage, aus ... den tiefgehenden Differenzen der Auffassung nicht so sehr der Kabinette als der Bevölkerungen.» Bedeutsam nennen wir den Ausspruch, weil er zeigt, dass nun die Zeit entschieden aufgehört hat, wo für die Richtung der äußeren Politik der Staaten einzig und allein der Wille der obersten Machtfaktoren ausschlaggebend war und die Stimme

[140]

des Volkes als nicht vorhanden betrachtet wurde. Es ist in diesen Worten deutlich vernehmbar, dass Verhandlungen von Diplomaten, ohne mit den Volksinteressen zu rechnen, unmöglich geworden sind. Und auf unseren Fall angewendet heißt das: Kein Staat, der es mit der europäischen Zivilisation und den Kulturinteressen der west- und mitteleuropäischen Völker ernst meint, kann eine andere als eine mit der Spitze gegen den kulturfeindlichen russischen Koloss und gegen die von ihm ausgehenden großslawischen Tendenzen gekehrte Politik verfolgen. Der Gang unserer äußeren Politik ist einfach der Ausdruck einer europäischen Notwendigkeit. Er wird nicht nur von den deutschen, er wird von der ganzen westeuropäischen Bevölkerung verlangt. In scharfem Gegensatz hierzu steht es, wenn der Minister Dunajewski glaubt, man könne Österreich ohne die Deutschen regieren.

Wenn die Deutschen aufhören sollen, diesem Staate, den sie gegründet, dem sie seine Lebensaufgaben gegeben haben, das Gepräge zu geben, dann hört auch dieser Staat auf, diejenige Rolle zu spielen, die ihm von der geschichtlichen Entwicklung im westeuropäischen Kulturleben zugehört ist. Und eine Politik, die den Staat in diesem Sinne seiner historischen Grundlage entfremdet, kann als eine bildungs-freundliche denn doch nicht bezeichnet werden, als eine solche aber, die den Ausdruck des Volkswillens bildet, am allerwenigsten. Ein solches Regieren mag augenblicklich opportun sein, mag geeignet sein, über Schwierigkeiten der unmittelbaren Gegenwart hinwegzuhelfen; zeitgemäß im tieferen Sinne des Wortes ist es nicht. Man sollte es nur einmal versuchen, einen Tropfen von diesen Grundsätzen in die äußere Politik einfließen zu lassen, sofort müsste sich zeigen, wie sie dem Gange der europäischen Entwicklung entschieden zuwiderlaufen.

[141]

Im Innern geht es eben eine Zeitlang, weil in den Faktoren und Verhältnissen, auf denen der Staat ruht, noch jener Geist fortlebt, den die Deutschen in sie verpflanzt haben, und der Zwang zur Umkehr wird erst dann eintreten, wenn dieser Geist völlig vernichtet sein wird. Denn darüber täusche man sich nicht: die leitenden Staatsmänner können nur mit den von den Deutschen erlernten und erborgten Prinzipien regieren, und der schlimme Erfolg kommt auf Rechnung des Umstandes, dass der aus dem Volke entspringende Geist missverstanden, ja geflissentlich im undeutschen Sinne angewendet wird. So bekämpft man die Deutschen mit den von ihnen erhaltenen Waffen. Schon daraus wird man erkennen, dass die dermalige innere Strömung nicht eine historisch notwendige, sondern eine durch diplomatische Künste herbeigeführte ist. Während die äußere Politik sich von diplomatischen Künsten ab- und dem Volkswillen zu-wendet, nimmt die innere den entgegengesetzten Gang. Und das ist der Gegensatz. Man lasse die Slawen Slawen sein, wenn nicht gewisse reaktionäre Gelüste mit ihnen eher zu befriedigen wären als mit den Deutschen.

Weit genug freilich ist es auf diesem Wege gekommen. Unerhört sind die Zumutungen, die an uns Deutsche von slawischer Seite gemacht werden. Man vernimmt Stimmen, die da meinen, die Deutschböhmen sollten doch an die Majorität des Böhmisches Landtages herantreten behufs Einleitung neuer Ausgleichsverhandlungen. Will man denn wirklich von dem deutschen Volke in Böhmen verlangen, dass es sein gutes Recht, im Sinne der Kulturstufe, zu der es die Deutschen gebracht, zu leben, sich von den Tschechen erbettelt?

Die Slawen müssen noch lange leben, bis sie die Aufgaben,

[142]

die dem deutschen Volke obliegen, verstehen, und es ist eine unerhörte Kulturfeindlichkeit, dem Volksstamm bei jeder Gelegenheit Prügel vor die Füße zu werfen, von dem man das geistige Licht empfängt, ohne welches einem die europäische Bildung ein Buch mit sieben Siegeln bleiben muss.

Noch unerhörter ist es aber, wenn die Tschechen durch ihre Organe verkünden, der böhmische Ausgleich solle jetzt zustande kommen, um mit ihm das Regierungsjubiläum unseres Kaisers würdig zu feiern. Man verlangt also von uns Deutschen das Unmögliche, damit man uns angesichts der Gelegenheit, zu der es gefordert wird, wieder einmal als das staats- und dynastiefeindliche Volk in Österreich hinstellen kann. Das grenzt denn doch an das Äußerste: weil wir mit unseren Traditionen, mit unserer Geschichte, ja mit unserem eigenen «Ich» nicht brechen wollen, darum sollen wir vor der Krone, der wir stets so treu wie die Slawen waren, verdächtigt werden.

Und so wird denn Schlag auf Schlag von unseren Gegnern geführt, um uns Deutsche aus unseren berechtigten Stellungen zu vertreiben. Darum dürfen wir um so weniger erlahmen, alles daranzusetzen, was uns unseren Einfluss wieder gewinnen hilft. Scharf zu tadeln ist daher, dass in der letzten Zeit die erfreuliche politische Rührigkeit, die bei den Deutschen doch wenigstens in einzelnen Gegenden bereits zu bemerken war, Einbuße erlitten hat. Die Volksstimme muss sich nur deutlich vernehmen lassen, und sie kann für die Dauer nicht überhört werden. Deswegen halten wir die Idee eines deutschen Parteitages, die eben auftaucht, für eine durchaus gute. Die Seite freilich, von der sie kommt, scheint uns nicht die rechte zu sein. Heute dürften den Ton bei einem solchen Einigungsfeste nicht die Deutschliberalen

[143]

angeben, die einmal die lebendige Föhlung mit dem Volke verloren haben, heute müssten es die ausschließlich nationalen Elemente des deutschen Volkes in Österreich sein. Aber freilich, fernhalten dürften sich die ersteren nicht. Diese verfolgen überhaupt eine ganz eigentümliche Taktik: Wenn sich irgendwo eine kerndeutsche Gesinnung vernehmen lässt und auf die Betonung der deutschen Idee dringt, dann klagen diese «Fortschrittmänner» und ihr besonders sauberes Organ, die «Neue Freie Presse», über die Unmöglichkeit, eine Einigung mit den Deutschen zu erzielen. Als wenn diese Herren ein Patent darauf hätten, dass die Einigung nur im Zeichen ihrer Bestrebungen erzielt werden dürfte. Mögen sie einmal jene Selbstlosigkeit an den Tag legen, die dazu nötig ist, persönliche Interessen in den Hintergrund treten zu lassen und sich in den Dienst der gemeinsamen Sache zu stellen. Warum verlangt man von den Deutschnationalen gerade, dass sie ihre Gesinnung ganz ablegen, bevor sie in den Tempel dieser «freisinnigen» Richtung eintreten dürfen? Das Natürlichste wäre doch, dass beide Teile einander entgegenkämen. Das wird freilich solange nicht der Fall sein, als der rechte Flügel unserer Opposition in jeder Regung unseres Nationalgeföhlts etwas Unerlaubtes und in jeder Kundgebung der Sympathie mit den Nationalen eine Einbuße in seiner «Regierungsfähigkeit» sieht. Fort mit dieser Chimäre von Regierungsfähigkeit. Wenn wir schon undeutsch regiert sein sollen, so mögen dies Geschäft doch wenigstens nicht Stammesgenossen besorgen. Unsere Hände sollten rein bleiben.

Ein deutscher Parteitag, einberufen von wahrhaft nationalen Männern, sollte die nächsten Aufgaben der Deutschen als deren entschiedenen Willen vor aller Welt verkünden. Jetzt taucht eben wieder der Gedanke der Absentierung der

[144]

Deutschen vom parlamentarischen Leben auf. Er scheint so-gar im Volke an Anhängern zu gewinnen. Wohlan! Man halte sich daran! Man erkläre den ausschlaggebenden Faktoren, dass man nicht weiter in dem Volkshause sitzen, in der Volksvertretung tätig sein will, in der man faktisch als ein unliebsamer Störenfried betrachtet und endlich doch übergangen wird. Es ist ja mit aller Bestimmtheit vorauszusehen, dass man ohne die Deutschen nur solange regieren wird, als diese ruhig ihre Plätze einnehmen. Und wenn schließlich wirklich die parlamentarische Maschine eine Zeitlang ohne die Mitarbeiterschaft der Deutschen fortginge, sie würde sich endlich selbst als eine unmögliche erweisen. Verlieren können die Deutschen kaum, wenn sie ihre unfruchtbare parlamentarische Tätigkeit einstellen und sich desto mehr darauf werfen würden, das Volk im nationalen Sinne zu organisieren. Außer dem Deutschen Schulverein ist aber zu einer nationalen Organisation auch nicht der leiseste Versuch gemacht worden. Die nationalen Vereine tragen alle einen lokalen Charakter, und ihr Blick reicht nicht über das Weichbild der Stadt, in der sie sind, hinaus. Diese Vereine müssen eine einheitliche Organisation gewinnen, sie müssen Fühlung miteinander haben. Dann werden ihre Kundgebungen über-all, wo es notwendig ist, den rechten Eindruck machen.

Unsere nationalen Gegner können uns zweifellos großen Schaden zufügen. Er wird aber immer unbedeutend sein gegenüber den Wunden, die wir uns selbst schlagen, wenn wir unser nationales Einigungswerk verzögern. Denn das Kartengebäude, das unsere Gegner aufführen, hat keine erhaltende Kraft in sich, es fehlt ihm der rechte Lebensgeist. Es wird dereinst in sich zusammenbrechen, und dann werden die Deutschen berufen werden müssen, die Arbeit da wieder

[145]

aufzunehmen, wo sie gezwungen wurden, sie einzustellen. Weh uns nun, wenn wir dann nicht gerüstet sind, wenn wir gespalten in Fraktionen und uneinig. an unsere Aufgabe treten. Nur eine Opposition, die nie daran denkt, das Heft in die Hände zu bekommen, kann sich den Luxus der Parteizerklüftung gestatten, eine solche, die notwendig daran denken muss, begeht damit ein schweres, durch nichts zu sühnendes Unrecht.